

Entsorgungsplan soll Freitag da sein

CDU fragt nach Stand beim Hallenbad

Voerde. Bis Ende November sollte das Konzept zur Schadstoffentsorgung im seit Ende Mai geschlossenen Hallenbad vorliegen. Der Monat ist vorbei, der neue hat begonnen. CDU-Ratscherr Georg Schneider fragte gestern im Haupt- und Finanzausschuss nach dem Stand und erhielt vom Ersten und Technischen Beigeordneten Wilfried Limke die Auskunft, dass das Ausführungsgutachten für diesen Freitag avisiert sei und die Verwaltung sich in der nächsten Woche gegenüber der Politik äußern werde.

WGV-Fraktionschef Christian Garden erinnerte an den Wunsch, das Schadstoffgutachten zu bekommen. Die Stadt hatte zwecks Klärung der Schadstoffvorkommen im Hallenbad ein Kataster in Auftrag gegeben. Dieses liegt ihr seit fast zwei Monaten vor, darauf basierend erarbeitet ein Büro das Rückbau- und Entsorgungskonzept. Limke sagte die in Aussicht gestellte Bereitstellung erneut zu. Bürgermeister Dirk Haarmann erinnerte seinerseits an die Aussage, dass eine alleinige Aushändigung des Schadstoffkatasters ohne Auswertung keinen Sinn mache.

Ein zentrales, auf der Tagesordnung stehendes Thema war das der kommunalen Finanzen. Aufs Tapet gebracht hatte es die CDU-Fraktion mit einer Anfrage. Darin wurde die Verwaltung gebeten, alle

von Bund und Land an die Stadt übertragenen Aufgaben und die dafür anfallenden Kosten aufzulisten, die von der Kommune getragen werden müssen und zu deren finanziellen Problemen beitragen, weil keine äquivalenten Mittel dafür zur Verfügung gestellt würden.

In der Antwort bestätigt die Verwaltung die Aussage der CDU, dass die Unterfinanzierung Ursache für das sukzessive Anwachsen des Kassenkreditvolumens sei. Dieses liege derzeit bei 54 Mio. Euro. Im Schwerpunkt handele es sich um von Bund und Land übertragene und nicht gegenfinanzierte Aufgaben aus dem Bereich der Sozialgesetzbücher und dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Für 2017 nennt die Verwaltung in Summe eine Haushaltsbelastung von rund 21,5 Mio. Euro in Folge von nicht durch „die Kommune zu bestimmende und zu beeinflussende Faktoren“. Demgegenüber stünden weitere unspezifische Erträge aus anteiligen Einkommens- und Umsatzsteuern von rund 18,4 Mio. Euro. Somit ergebe sich ein durch übernommene Aufgaben verursachtes Defizit von rund 3,2 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2017.

CDU-Fraktionschef Ingo Hülser betonte die Wichtigkeit, die Politik in Bund und Land zu erreichen und auf die Situation der Kommunen aufmerksam zu machen. P.K.